

Zu diesem Heft

In der deutschen Soziologie werden seit zwei Jahrzehnten mit großem Ernst neue Kategorien gesucht, um die Übersicht über den sozialen Wandel zu behalten und ihn zu begreifen. Als wichtigste Eigenschaft der modernen Gesellschaften wird die Verflüssigung der Schichtungsstrukturen durch die Individualisierung von Lebenslagen und -stilen angesehen. Hervorgehoben wird die historisch einmalige Zunahme von Wahlmöglichkeiten in Gesellschaften, die »sich ausdifferenzieren«. Die Versuche, die »postmoderne« Realität theoretisch zu fassen, scheitern bisher jedoch an dem Problem, die nach wie vor vorhandenen Strukturen der Zuweisung von Lebenschancen und die individuellen Wahlmöglichkeiten in einer konsistenten Theorie überzeugend miteinander zu verflechten.

So schrieb Hartmut Häußermann vor 15 Jahren in seinem Editorial zu einem Heft, in dem der Schwerpunkt auf den Ergebnissen der Stadtforschung und der Armutsforschung lag. Damals warnte er vor falschen langfristigen Weichenstellungen, wenn sich die Sozialforschung »durch die Konzentration der Aufmerksamkeit auf die mobilen und von materieller Not weitgehend entlasteten Milieus des gehobenen Mittelstandes« in Gefahr begäbe, »den grundlegenden Wandel zu unterschätzen, der sich an den Rändern dieser fröhlichen Schwabinger Gesellschaft bemerkbar macht: Die alarmierenden Nachrichten kommen heute nicht aus dem Kernbereich soziologischer Theorie bzw. aus der »allgemeinen Soziologie«, wo man immer noch mit dem Verständnis der unübersichtlich gewordenen Mitte beschäftigt ist, sondern aus der Armutsforschung und aus der Stadtforschung. Die Begriffe, mit denen dort eine »neue« gesellschaftliche Realität beschrieben wird, lauten Ausgrenzung und Polarisierung«.

Seither hatten die Jahre des Internetaufschwungs jedoch einen sozialen Aufholeffekt erzielt, denn die konzentrierte Armut ging in den meisten amerikanischen Metropolenregionen deutlich zurück, und die Ghettosituation wurde vielfach aufgebrochen. Es bildete sich erstmals eine schwarze Mittelschicht heraus, aus deren Reihen Anwälte und Politiker und auch der derzeitige demokratische Präsident stammen.

Zweifellos brachte diese Entwicklung auch eine Verflüssigung der gesellschaftlichen Grenzen für Rassen und Klassen mit sich. Aber nicht alle wurden auf dieser Welle gesellschaftlich nach oben getragen, und die Tendenz zur Abkoppelung bestimmter Gruppen vom Arbeitsmarkt nach dem Platzen der Dotcom-Blase verfestigte die Ausgrenzung erneut (Häußermann/Kronauer in diesem Heft).

Häußermann forderte damals eine neue Solidarität mit den Ausgegrenzten: »Die Vermeidung von fatalen Konsequenzen aus Entwicklungen, wie sie in den folgenden Beiträgen beschrieben werden, setzt sicher eine neue Solidarität »aus dem Herzen« voraus, sie muß aber bewerkstelligt werden durch neue Institutionen sozialer Integration, die die Dualität von Arbeitsmarktintegration und Ausgrenzung überwinden«.

Er hat selbst durch seine Forschungen, aber auch praktisch etwa mit dem Stadtmonitoring dazu beigetragen, dass die Ausgrenzungsprozesse nicht der Sicht entzogen werden und stadtpolitisches »Quartiersmanagement« als Strategie gegen die Entstehung von stadträumlichen Brennpunkten eingesetzt wird.

Die fortschreitende Verlagerung der Industrien in Billiglohnländer und die Einführung von Niedriglohnssektoren haben viele soziale Fortschritte wieder zunichte gemacht und tangieren ebenso die Mittelschicht – der Bedeutungsverlust der mittleren Einkommensgruppen zählt mittlerweile auch in Deutschland zu den prägnantesten empirischen Merkmalen des sozialstrukturellen Wandels, so Häußermann in einer seiner letzten Studien, die er zusammen mit Jan Goebel und Martin Gornig durchgeführt hatte (in diesem Heft). Die Finanzkraft der Bewohner zeigt sich in ihrer Verteilung auf die entsprechenden Stadtviertel – die Lebenslagen und Lebenschancen der Stadtbewohner sind weiter voneinander entfernt denn je. Im »Mosaik« aus luxuriös aufgewerteten Quartieren und Nischen für sozial Schwächere und Kreative zeigen sich die Zonen des Übergangs und Räume der Ausgrenzung. Sie machen sichtbar, schreibt Walter Siebel in seinem Beitrag, dass die Stadt nicht nur Erscheinungsort sozialer Ungleichheit ist, sondern auch eine ihrer Ursachen darstellt.

Ob der Begriff des sozialen Wandels ausreicht, um Änderungen zu beschreiben, die aus einem politisch gelenkten Prozess entstehen? Das ist die Frage, die die Stadtsoziologen stellen. Es gibt eine neue Debatte in der Soziologie, in der es nicht mehr um individuelle »Ausgrenzung« geht, sondern um strukturelle Fragen der Umverteilung, um »working poor« und akademisches und nichtakademisches »Prekariat«, um die Gefährdung des Wohlfahrtsstaates, die, so die These unseres Autors Herbert Obinger, durch die wachsenden Staatsschulden erzwungen werde.

Die Weltsicht hat sich seit dem Ausbruch der Finanzkrise verändert. Das Erschrecken des Mittelstands vor dem Angriff auf ihre Finanzreserven durch die Finanzspekulationen geben einem allgemeinen Misstrauen Raum, das sich nicht immer auf die wirklich Schuldigen richtet, wie wir aus der Geschichte wissen. Durch die Finanzkrise ist der Mittelstand jedenfalls aus seiner Nische, in der ihn Hartmut Häußermann noch 1997 verortete, herauskatapultiert worden. Das Problem der Regulierung der verwahrlosten Finanzmärkte steht überall ganz oben auf der Tagesordnung, und Helmut Anheier fragt in seinem Beitrag: Unter welchen Bedingungen könnte die Zivilgesellschaft für solche transnationalen Problemfelder ein ordnungspolitisches Korrigendum »von unten« werden?

Wo stehen wir im Strom der Geschichte? Gehen wir ruhigeren Zeiten entgegen oder nähern wir uns vielleicht den »Dunklen Jahren«, die Rorty in demselben Heft vor 15 Jahren für die Zeit von 2014 bis 2044 heraufziehen sah? »Als es immer schwieriger wurde, Nahrungsmittel und Benzin zu bekommen, und auch die Vorstadtbewohner begannen, ihre Nachbarn mit Schußwaffen zu bedrohen, war es so weit: Der Kollaps der Wirtschaft löste einen Krieg aller gegen alle aus. Wie die Generäle jener ›Dunklen Jahre‹ nie müde wurden zu betonen, war es allein das Militär, das das Land vor dem vollkommenen Chaos bewahrte.«

Diese Ereignisse prophezeit Rorty in jenem Rückblick aus dem Jahr 2006 für die USA. »Europa, dem erspart blieb, was uns in den ›Dunklen Jahren‹ widerfuhr, nimmt – ungeachtet aller Unternehmungen Chinas – nach wie vor die Position ein,

die wir im Jahre 2014 verloren haben. Es beherrscht die Wirtschaft und die Kultur der Welt.«

Dieses Bild von einem unabhängigen, demokratischen und stolzen Europa, wie es sich manche Amerikaner heute gerne als Gegenentwurf zu den USA wünschen, lässt sich momentan freilich auch mit größtem Bemühen nicht verifizieren. Wenn die EZB während der Staatsanleihenkrise als Retterin der Eurozone »ohne Mandat« auftritt, so Silke Tober in diesem Heft, so zeigt sich darin eine der fundamentalen institutionellen Schwächen der Konstruktion der Eurozone. Die seit langem bekannten und debattierten Schwierigkeiten der EU mit der Demokratie werden ebenfalls in der Krise besonders deutlich: Eine EU-Kommission, die nach Gutsherrenart demokratisch gewählte Regierungen aus dem Amt drängt, um sie durch erwünschte Kandidaten zu ersetzen, die mit beispiellosem Druck nicht nur Tarifpartner und demokratisch gewählte Parlamente ihrer Rechte beraubt und damit Kontrakte und Gesellschaftsverträge ungültig macht, bestätigt nur, wie dünn der demokratisch-zivilisatorische Firnis ist und dass, zumal in der Krise, die Souveränität und Demokratie ihrer Mitgliedsstaaten »nur noch auf dem Papier stehen«.¹

In Europa wächst der Euroskeptizismus, aber gefährlich wird diese Haltung erst, wenn alle kritischen Äußerungen als Bedrohungen des europäischen Integrationsprozesses aufgefasst werden. Die EU-Kommission, seit je auf den Eindruck einer grundsätzlich proeuropäischen Stimmung der Bevölkerung bedacht, konnte es sich bis hin zur Selbsttäuschung nicht versagen, dieses Bild auch jenseits der Regeln seriöser Demoskopie bewahren zu wollen (Höpner/Jurczyk). All das macht überdeutlich, wie sehr ein Umschwung, wie ihn Häußermann beschrieb, eine »neue Solidarität« ebenso wie neue Institutionen in Europa gefragt sind.

Reinhard Blomert

1 Wolfgang Streeck, »Markets and People«, in *New Left Review* 73, Jan.-Feb. 2012, S. 67.